

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

197 (26.8.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.
Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.
Inserate: Die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsfunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.
Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Gsch. u. Co., Karlsruhe.
 Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: B. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Weil.: A. Weigmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: G. Kadel, alle in Karlsruhe.
 Für den Inseratenteil verantwortlich: Carl Ziegler in Karlsruhe.

Neueste Nachrichten.

Vom Generalausstand in Schweden.

Stockholm, 25. Aug. Wie am Dienstag von allen Seiten festgestellt wurde, ist der Montag ohne eine Veränderung der Situation vorübergegangen. Entgegen den Hoffnungen der Unternehmer und ihrer Präzidenten sind die Reihen der kämpfenden Arbeiter ungebrochen geblieben und die vierte Streikwoche hat demnach mit der gleichen Einmütigkeit begonnen, wie die vorigen.
 Der vom Vorstände des gelben Arbeiterverbandes beauftragte Verrat ist größtenteils mißlungen. Wie schon geteilt wurde, haben in wichtigen Industriezweigen keine Mitglieder sich geneigt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am heutigen Dienstag kann noch festgestellt werden, daß in drei weiteren Städten die Mitglieder des betr. Verbandes es abgelehnt haben, den ihnen zugewiesenen Verrat an ihren kämpfenden Arbeitsschwärmen zu üben.
 Die Bestrebungen, die darauf hinausliefen, ein vermittelndes Eingreifen der Regierung herbeizuführen, werden immer weniger. Außer den bereits mitgeteilten Versammlungen der Bürger einiger Städte haben nunmehr die Frauen, die im öffentlichen Leben stehen, eine Deputation an den König und die Regierung gesandt, um diese zur Vermittlung in dem großen sozialen Kampfe aufzufordern. An der Deputation nahm auch die bekannte Dichterin Selma Lagerlöf sowie die Führerin der Bewegung für das Frauenstimmrecht teil. Die Deputation stand indes sowohl beim König als auch beim Minister des Innern vor verschlossenen Türen. Keiner der Herren war zu sprechen. Sie wählten ihre Petition einem Registraturbeamten übergeben, der sie ihm hübsch und sauber in den kleinen Mappenjähren legte, wo sie im Laufe der Jahre verstauben wird.
 Das Redeverbot gegen den norwegischen Rechtsanwältin Einarsson wirkt wie alle neuen Polizeiverordnungen sicher aufreizend auf die Arbeiterschaft; eine ebenso aufreizende Provokation ist das Eintreffen von 117 streikbrechenden Gafnarbeitern aus Lübeck, die unter bewaffnetem Schutze auf ein Logement geschickt wurden. Einer davon war jedoch während der Überreise von Lübeck nach Stockholm über Bord gesprungen.
 Die Stimmung unter den Ausständigen ist unverändert und, wie alle bisher eingegangenen Berichte aus den verschiedensten Orten bezeugen, eine nach wie vor entschlossene. — Das Verhältnis nach Unterfranken, das bisher noch nicht so sehr in den Vordergrund getreten ist, wächst natürlich mit der Dauer des Kampfes. Aber die Arbeiterschaft des Auslandes und ganz besonders die deutsche Arbeiterschaft wird zweifellos alles aufbieten, um ihre kämpfenden Brüder in Schweden über Wasser zu halten.
 Auch in Frankreich wird jetzt bereits für die Ausständigen in Schweden gesammelt. Die französische Partei hat aus ihren beschriebenen Mitteln 1000 Francs bewilligt. Die Sammlungen in Dänemark und Norwegen gingen bisher weiter, solange der Kampf dauert. Bis zum Schlusse der vorigen Woche hatten die Dänen circa 200 000 Mk. und die Norweger circa 130 000 Kronen nach Schweden abgeführt. Auch die in Schweden nicht beschriebenen beteiligen sich, wie ihnen durch Organisationsaufträge auferlegt wurde, einmütig an den Sammlungen. Der Eisenbahnerverband hat in der vorigen Woche bereits 50 000 Kronen abgeführt. In ähnlicher Weise führen auch die sonstigen nach am Auslande teilnehmenden Gruppen wöchentlich einen Tagesberdienst ab.

Frankreich und Marokko.

Paris, 25. Aug. Die von Muley Hafid an den germanischen Rebellen begangenen Grausamkeiten haben einige französische Deputierte veranlaßt, eine Intervention der Diplomatie zu verlangen. Noch vor dieser parlamentarischen Anregung hat der Minister schon dem französischen Konsul in Fez befohlen, bei Muley Hafid Vorstellungen zu machen, um die Einstellung dieser Torturen zu bewirken. Der französische Gesandte in Tanger berichtet seinerseits, daß die sämtlichen Vertreter der europäischen Mächte sich über die eventuelle Ausübung eines gemeinsamen Schrittes unterhalten, um den Sultan die Mißbilligung Europas fühlen zu lassen. Herr von Sadow hat den französischen Gesandten angewiesen, dieses Vorgehen des diplomatischen Korps zu unterstützen. Die französische Regierung hat besondere Instruktionen für ihre militärische Mission in Fez in Erwägung gezogen für den Fall, daß Muley Hafid sich weigern sollte, den europäischen Mahnungen Folge zu leisten. (Zerk. Btg.)

Ein Aufstand der Albanesen.

Saloniki, 25. Aug. Der Aufstand der Albanesen nimmt immer größere Dimensionen an. Besonders in Mitrovitza ist die Lage gefährlich. Die Albanesen drohen, die Eisenbahn zu zerstören, um Truppentransporte zu verhindern.

Von der spanischen Revolution.

Madrid, 25. Aug. In Barcelona wurden 16 Urteile gefällt, die auf lebenslängliche Zwangsarbeit lauteten.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Im Correspondenzblatt der Generalkommission veröffentlicht Genosse Legien soeben die Statistik über die Gewerkschaften im Jahre 1908.
 Was vor einiger Zeit nach einer mehr oberflächlichen Zusammenfassung schon gemeldet werden konnte, findet jetzt seine Bestätigung durch die offizielle Gewerkschaftsstatistik. Das Krisenjahr mit seinem außerordentlichen Tiefstand der wirtschaftlichen Konjunktur hat den freien Gewerkschaften nicht nur einen Mitgliederverlust gebracht, sondern auch hohe; finanzielle Anforderungen in Bezug auf Unterstüßungen an sie gestellt. Der Rückgang im Mitgliederstand zeigte sich in allen Quartalen; er war am stärksten im 4. Quartale. Daher kommt es denn auch, daß der Verlust an Mitgliedern am Jahreschlusse 75 183 beträgt gegenüber dem 4. Quartale des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt, d. h. also die Mitgliederzahl aller Quartale zur Grundlage der Berechnung genommen, beträgt der Mitgliederverlust erheblich weniger, nämlich 33 775. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise verringerte sich der Mitgliederstand der Gewerkschaften auch früher schon, so von 1891 zu 1892 um 40 610 Mitglieder, 1892 zu 1893 um 13 519 Mitglieder, 1901 um 2917 Mitglieder. Der Verlust anfangs der neunziger Jahre traf die Gewerkschaften weit härter, als der im letzten Jahre und er erklärt sich, wenn man berücksichtigt, daß die Gewerkschaften in den drei vorhergehenden Jahren nicht weniger als rund 800 000 Mitglieder gewonnen hatten.
 Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage haben 24 Verbände ihren Mitgliederbestand (das vierte Quartal 1908 verglichen mit dem von 1907) erhöhen können, während 35 einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben. Den größten Mitgliederverlust hat der Verband der Textilarbeiter mit 23 320. Der Verband der Maurer verlor 17 499, der der Bauhilfsarbeiter 15 789, der der Schmiede 4250, doch ist bei diesem Verbände der große Mitgliederverlust auf genauere Berechnung nach der Summe der gezahlten Beiträge mitzurückzuführen. Der Verband der Porzellanarbeiter büßte 3638, der der Fabrikarbeiter 3250 und der der Holzarbeiter 3233 Mitglieder ein. In allen anderen Verbänden war der Verlust an Mitgliedern unter 3000, doch ist selbstverständlich, daß damit nicht gesagt werden soll, daß der Mitgliederverlust von wenigen Hunderten in den kleinen Verbänden nicht schwerer wiegt als der Verlust von wenigen Tausend in den großen Verbänden. Von den 60 Verbänden, die in der Generalkommission angegeschlossene sind, hatten 6 mehr als 100 000, 4 50—100 000, 4 30—50 000, 4 20—30 000, 10 10—20 000, 10 5—10 000, 11 3—5000, 4 2—3000, 1 1—2000 und 6 weniger als 1000 Mitglieder. Nach der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt rangieren die Verbände wie folgt:
 Metallarbeiterverband 360 099, Maurer 175 019, Holzarbeiter 146 337, Fabrikarbeiter 136 195, Textilarbeiter 116 403, Bergarbeiter 112 192, Transportarbeiter 88 096, Bauhilfsarbeiter 55 526, Buchdrucker 55 482, Zimmerer 51 119, Maler 39 485, Schneider 39 306, Schuhmacher 37 097, Brauereiarbeiter 33 422, Tabakarbeiter 28 556, Gemeindefahrer 28 160, Gafnarbeiter 23 986, Buchbinder 21 978, Müchinnisten 18 370, Bäcker und Konditoren 18 289, Steinarbeiter 17 816, Glasarbeiter 16 859, Lithographen 16 648, Schmiede 15 193, Buchdruckereihilfsarbeiter 13 492, Porzellanarbeiter 12 974, Köpfer 10 839, Steinzeiger 10 356, Handlungsgehilfen 8750, Tapezierer 8275, Böttcher 7705, Seeleute 7541, Lederarbeiter 7491, Stuckateure 7361, Guttmacher 7005, Gastwirtsgehilfen 6933, Sattler 6796, Dachdecker 5938, Gärtner 4800, Bureauangestellte 4477, Mühlenarbeiter 4436, Glaser 4378, Kupfer- und Eisenarbeiter 4189, Bildhauer 4175, Schiffszimmerer 3929, Portefeuilier 3801, Handschuhmacher 3228, Hotelbedienter 3078, Fleischer 3017, Zigarrensortierer 2901, Kürschner 2636, Frießner 2110, Lagerhalter 2091, Zivilmusiker 1642, Florier und Steinholzleger 875, Asphaltateure 515, Lithographen 502, Blumenarbeiter 498, Notenstecher 423, Schirmmacher 239. Sehr erfreulich ist es, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder nicht zurückgegangen, sondern sogar um 1514 gestiegen ist. In 15 Organisationen ist zwar ein Verlust an weiblichen Mitgliedern von insgesamt 5079 eingetreten, dagegen haben 20 Verbände insgesamt 6593 weibliche Mitglieder gewonnen. Im Jahre 1908 waren in 35 Verbänden 138 443 und 1907 in 34 Verbänden 136 929 weibliche Mitglieder vorhanden.
 Von den 138 443 weiblichen Mitgliedern gehören zum Verband der Textilarbeiter 42 655, Metallarbeiter 15 167, Fabrikarbeiter 14 829, Tabakarbeiter 12 910, Buchbinder 9256, Buchdruckereihilfsarbeiter 7460, Schneider 7419, Schuhmacher 5563, Handlungsgehilfen 4892, Transportarbeiter 3979, Holzarbeiter 3163, Guttmacher 2231, Porzellanarbeiter 1563, Bäcker und Konditoren 1388, Zigar-

rensortierer 785, Brauereiarbeiter 776, Kürschner 601, Gastwirtsgehilfen 594, Gemeindefahrer 556, Portefeuilier 528, Glasarbeiter 474, Handschuhmacher 466, Sattler 250, Blumenarbeiter 183, Gafnarbeiter 150, Schirmmacher 113, Bureauangestellte 11, Lederarbeiter 99, Lagerhalter 86, Tapezierer 85, Maler 52, Gärtner 42, Fleischer 10, Photographen 5, Glaser und Steinzeiger je 1.
 Da nach der letzten Berufszählung rund 2 Millionen erwerbstätige weibliche Arbeitskräfte in Handel, Verkehr und Industrie beschäftigt werden, so kann die Zahl der gewerblich organisierten Arbeiterinnen allerdings nicht befriedigen; der Prozentsatz der Zahl der weiblichen Mitglieder zu der Gesamtmitgliederzahl beträgt denn auch nur 7,6 gegenüber 7,3 im Vorjahre. (Schluß folgt.)

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Leipzig 1909.

VIII. Bildungsausschuss.

Die planmäßige Bildungstätigkeit der organisierten Arbeiterschaft hat im Berichtsjahre einen guten Fortgang genommen. Das ist umso erfreulicher, als die hemmenden Einflüsse der wirtschaftlichen Krise in erheblichem Maße diesen Fortgang beeinträchtigen mußten. Sind die Organisationen in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs schon bei ihren regelmäßigen Ausgaben zu spärlicher Wirtschaft genötigt, so ist es begreiflich, daß sie die neuen und oft ziemlich erheblichen Ansprüche der Bildungsarbeit nur nach sorgfamer Prüfung ihrer Notwendigkeit bewilligen. Dennoch ist auf allen Gebieten der Bildungstätigkeit, besonders für Vortrags- und Unterrichtskurse erheblich mehr als im Vorjahre aufgewendet worden.
 Zur vorherrschenden organisatorischen Form für die Pflege der Bildung hat sich der lokale Bildungsausschuss entwickelt. In den meisten Fällen ist der Ausschuss das gemeinsame Organ der lokalen Partei- und Gewerkschaftsvereine; nur gelegentlich tritt er als Organ einer dieser beiden auf. Auch große Orte, die bisher auf anderen Wegen das Bildungsbedürfnis der organisierten Arbeiter zu befriedigen suchten, gehen immer mehr dazu über, einem Bildungsausschuss die ganze Regelung der lokalen Bildungsarbeit zu übertragen.
 Die Veröffentlichungen des zentralen Bildungsausschusses, besonders die Winterprogramme, haben, wie aus den Jahresberichten der örtlichen Ausschüsse hervorgeht, den Bildungseifer angeregt und ihm zugleich eine gewisse Einheitlichkeit in der Betätigung gegeben. Erfreulicherweise werden die Anregungen der Zentrale aber nur als allgemeine Grundlage und Richtschnur benutzt, so daß genügend Spielraum für die besonderen lokalen Verhältnisse, für das besondere Wollen und Können übrig bleibt. Dem Bildungswesen der organisierten Arbeiter fehlt es deshalb bei aller Einheitlichkeit im Streben nicht an der wünschenswerten Mannigfaltigkeit.
 Bei der Geschäftsstelle des zentralen Bildungsausschusses sind bis jetzt 124 lokale Bildungsausschüsse gebildet; außerdem stehen noch 101 sozialdemokratische Vereine, 70 Gewerkschaftsfortelle und eine Reihe anderer Organisationen, wie Bibliotheken und gewerkschaftliche Bureaus, mit dem zentralen Bildungsausschuss in regelmäßiger Verbindung.
 Im vorigen Jahresbericht konnte zum ersten Male über den neuen Versuch, wissenschaftliche Wanderturse für die organisierten Arbeiter einzurichten, berichtet werden. Was damals noch ein Versuch schien, hat sich inzwischen als ein vortreffliches Mittel erweist und wirkungsvoller Bildungsarbeit erwiesen. Die beiden Genossen Dunder und Kühle, die sich dem Bildungsausschuss zu ständiger Mitarbeit verpflichtet haben, konnten nicht nur dauernd beschäftigt werden, sondern die Nachfrage nach ihren Kursen war weit größer als die Möglichkeit, alle Wünsche zu befriedigen. Der Bildungsausschuss mußte daher noch oft die Hilfe anderer geeigneter Genossen in Anspruch nehmen. Um den kleineren Orten, für die ein Wanderturkurs oft noch in höherem Maße als für große Städte eine starke und tiefe Anregung des inneren Parteilebens bedeutet, in Zukunft die finanziellen Lasten zu erleichtern, hat der Bildungsausschuss beschlossen, ihnen auf ihren Antrag die eigentlichen Honorarkosten für die Wanderturkurse zu erlassen, so daß sie nur noch die üblichen Tagegelder und das Fahrgehalt zu zahlen brauchen. Eine erfreuliche Wirkung der Wanderturse ist außer ihrer unmittelbaren Anregung der Teilnehmer das durch sie gewedte oder doch verstärkte und in die richtigen Wege geleitete Lesebedürfnis. Ein nicht minder wertvolles Nebenprodukt der Kurse ist das Zusammenbleiben der Kursteilnehmer nach beendigt Kurse in Form von Les- und Diskutierabenden. Aus Kiel, Solingen, Breslau, Waldenburg und anderen Orten wird darüber berichtet.
 Die Aufklärungsarbeit des Bildungsausschusses durch die Wanderturse ist 57 Hauptorten und 144 Nebenorten zustatten gekommen. Von den Rednern sind im Berichtsjahre insgesamt 410 Vortrags- oder Unterrichtskurse abgehalten worden, an denen sich 8969 Personen (davon 666 Frauen) beteiligt haben. Da leider nicht alle Orte eine ausreichende Statistik eingear-

(E. V.)
 1907
 4382
 811
 888
 37, 4. St. c.
 59.
 37, 4. St. c.
 59.
 37, 4. St. c.
 59.

haben, so ist die Gesamtzahl in Wirklichkeit noch höher gewesen. Fast die Hälfte der Teilnehmer hat an sämtlichen Vortragsabenden teilgenommen, was bei der häufigen Abhaltung der Teilnehmer einen günstigen Prozentsatz bedeutet; es ist aber zu hoffen, daß er sich noch bessert, wenn die Organisationen bei der Festsetzung ihrer Versammlungen und sonstigen Arrangements noch mehr Rücksicht als bisher auf die Kurfusabende nehmen. Auch der durchschnittliche Besuch der Vorträge durch die Teilnehmer ist mit ungefähr 80 Prozent ein günstiger. Aus Feststellungen über das Lebensalter der Teilnehmer geht hervor, daß die Lebensalter vom 26. bis zum 35. Jahre den überwiegenden Hauptteil der Besucher stellen. Es ist bedauerlich, daß die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum 20. Lebensjahre nur einen bescheidenen Prozentsatz der Teilnehmer stellen. Der Bildungsausschuß empfiehlt den Genossen, besonders den lokalen Bildungs- und Jugendausschüssen, den Jugendlichen in größerem Maße als bisher die Kurse zugänglich zu machen.

Die Schaffung eines Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendschriften ist im Berichtsjahre fortgeführt worden. Das Verzeichnis des Vorjahres umfaßte 88 Bücher, die aus 192 geprüften Büchern ausgewählt worden waren. Dieses Verzeichnis enthielt noch viele Lücken, die im zweiten Verzeichnis, das im November 1908 verfaßt wurde, zum Teil beseitigt werden konnten. Das Verzeichnis wurde dadurch auf die Stärke von 184 Büchern gebracht.

Ueber die Jugendschriftenausstellungen des Vorjahres ist eine statistische Aufnahme versucht worden, die allerdings vorläufig nur lückenhafte Resultate ergeben hat. Aus 20 Orten sind Berichte über Ausstellungen eingegangen. Die Ausstellung dauerte meistens eine Woche. Aus zehn Orten haben insgesamt 8201 Personen die Ausstellungen besucht. In 21 Orten ist die Anzahl der in den Ausstellungen verkauften Jugendschriften ermittelt worden; insgesamt sind dies 1946 Bücher gewesen. Man darf den Schluß ziehen, daß durch die Jugendschriftenausstellungen der organisierten Arbeiter viele Tausende guter Bücher anstelle minderwertiger Schriften oder gar offener Schundliteratur in die Hände von Arbeiterkindern gelangt sind. Zu den bevorzugtesten Büchern gehörten die Märchenbücher (Andersen, Bechstein, Grimm, Musäus), die von Wolgast herausgegebenen alten Kinderreime und alten Fabeln, die Aristidolfischen Blumenmärchen und Wiesenzwerg, Desoes Robinson Crusoe, Gualds naturwissenschaftliche Märchen, Pajsen-Petersens Till Eulenspiegel, das Weihnachtbuch der Gleichheit und einige andere Bücher.

Der Bildungsausschuß hat auch die Schaffung eines Verzeichnisses empfehlenswerter künstlerischer Wandschmuck in die Wege geleitet, da die Jugendschriftenausstellungen vor Weihnachten die beste Gelegenheit bieten, die Augen der Arbeiter durch Ausstellung guter Bilder an gute Kunst für die Schmückung ihrer Wohnungen zu gewöhnen. Der Bildungsausschuß hat aus den künstlerischen Steinzeichnungen und dem sonstigen billigen Bildmaterial der größten Verlage viele Hunderte von Bildern einer eingehenden Prüfung unterzogen, wobei ihn eine Reihe von interessierten Genossen und Genossinnen unterstützte. Das Ergebnis dieser Prüfung wird der Bildungsausschuß rechtzeitig vor Weihnachten in geeigneter Weise veröffentlichen.

Von den Einführungen in Dramen und Opern liegen bis jetzt 16 Hefte vor; zum Herbst sollen acht weitere Einführungen erscheinen. Die Einführungen sind in je 5000 Exemplaren gedruckt worden, insgesamt also 80.000 Exemplare. Davon sind bis jetzt noch nicht ganz 20.000 verkauft.

Die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken werden von den Arbeiterorganisationen viel verlangt. Von den empfohlenen Bibliotheken sind bisher abgesetzt worden: eine Bibliothek für den Preis von 500 M., mehrere der sonstigen Bibliotheken, meist in Auswahl; in größerer Zahl sind die kartonierten Einzelbroschüren verlangt worden, namentlich die Teilnehmer an Bildungskursen (siehe den Abschnitt über die Wandertour), ferner zur Ergänzung von bestehenden Bibliotheken. Die Musterkataloge haben ferner in vielen Orten zur Regelung und systematischen Anordnung der Bibliotheken beigetragen.

Mit der Jugendbewegung der organisierten Arbeiterschaft hat sich der Bildungsausschuß mehrfach beschäftigt. In den besonderen Bildungsaufgaben der Jugendbewegung arbeitet der Bildungsausschuß mit der Jugendzentrale, der der Geschäftsführer des Bildungsausschusses als Mitglied angehört, Hand in Hand.

In zahlreichen Fällen wurde die Hilfe der Geschäftsstelle des Bildungsausschusses bei Veranstaltung von wissenschaftlichen

Einzelvorträgen und Kunstabenden in Anspruch genommen. Soweit der Bildungsausschuß dazu in der Lage war, hat er den Organisationen durch Vermittlung zuverlässiger rednerischer und künstlerischer Kräfte oder durch Zusammenstellung von Programmen gern geholfen.

Die Bildungsbewegung der organisierten Arbeiterschaft hat im Verlaufe weniger Jahre eine überraschend große Ausdehnung angenommen und sehr erfreuliche Ansätze und Ergebnisse gezeigt. Die Genossen und Genossinnen haben die Notwendigkeit ernster, systematischer Arbeit an ihrer Bildung im Interesse der energischen Führung des Klassenkampfes erkannt. Sie wollen mit der Theorie des Sozialismus vertraut werden, um in der Praxis der Arbeit um so sicherer und schlagkräftiger ihren Mann zu stehen. In der Unterführung und Förderung dieses erfreulichen Strebens wird der Bildungsausschuß wie bisher so auch in Zukunft seine vornehmste Aufgabe erblicken.

Politische Uebersicht.

Der wahre Charakter des Zentrums.

Man schreibt uns: Seit Wochen besteht im Zentrums-lager ein Streit darüber, wie man den wahren Charakter der Zentrumsparlei bezeichnen soll. Es wurden unter den Führern heftige Fehden ausgefochten, die aber bisher alle zu keinem Resultat führten. Eine endgültige Entscheidung sollte in einer Konferenz gefaßt werden, die stattfinden sollte, nachdem der Reichstag wieder zusammengetreten ist.

Noch bevor es dazu kommen konnte, wird vollständige Klarheit über den strittigen Punkt geschaffen. Die Aufklärung ergeht aus dem Vatikan, also von einer Instanz aus, die es genau wissen muß und der auch nicht widersprochen werden darf. Die „Unita Cattolica“ schreibt: „Eine ständige gemeinsame Arbeit zwischen Katholiken und Protestanten würde nur schädigend auf den Katholizismus wirken. Vorübergehend wäre allerdings ein solches Zusammengehen möglich, ein festes Bündnis jedoch solange Zugeständnisse und damit eine öffentliche Anerkennung des Protestantismus, zugleich aber auch einen Verzicht darauf, das öffentliche Leben nach rein katholischen Prinzipien umzugestalten und sich von den geistlichen Behörden leiten zu lassen. Das jedoch sei die Pflicht jedes guten Katholiken.“

Hieraus geht also unzweideutig hervor, was schon ein jeder vorher wußte: daß das Zentrum einzig und allein eine katholisch-kirchlich-konfessionelle Partei ist und sein darf.

Zu den sächsischen Landtagswahlen.

wird berichtet, daß es zwischen der Reformpartei und den Konservativen zu einem offenen Bruch gekommen ist. Infolge persönlicher Streitigkeiten beschloßen die Reformen, von der Beobachtung, die Konservativen und Mittelständler bei der bevorstehenden Landtagswahl zu unterstützen, zurückzutreten.

Die Junker fahren scharfe Geschütze auf.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die seit Wochen die Regierung um Hilfe anfleht, sich aber vollständig verlassen fühlt, unternimmt jetzt einen Frontangriff. Sie weist darauf hin, daß wohl einige Blätter, die sich einen offiziellen Anstrich geben, Artikel gegen die „unwahrscheinliche und gehässige Steuerhebe“ brachten, daß aber die Regierung in den ihr nahestehenden Organen so gut wie nichts getan hat. Zum Schluß droht das Blatt:

„Die Regierung sollte aber noch eines erwägen, durch ihre jetzige passive Haltung schwächt sie ihre Stellung für die Zukunft. Es ist nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich, daß sie in einigen Jahren wiederum mit einer Finanzreform vor den Reichstag treten muß. Glaubt sie denn, daß nachher die Parteien geneigt sein werden, ihre Forderungen zu vertreten, durchzuführen und zu bewilligen, wenn sie damit rechnen müssen, daß sie nachher von der Regierung im Stiche gelassen werden, daß die Regierung stillschweigend eine Sekunde duldet, die sich in erster Linie gegen die Parteien, die die Mehrforderungen bewilligt haben, tatsächlich aber auch gegen die Regierung selbst richtet? Wir meinen, diese Erwägungen lägen so nahe, daß die Regierung daraus die selbstverständlichen Folgerungen von selbst ziehen müßte.“

Zentrumsabtrünnige.

In der Zentrumsparlei krielt es jetzt an allen Orten. In Dortmund Stadt und Land haben etwa 35 Postbeamte, die bisher Vertrauensstellungen inne hatten, ihre Ämter niedergelegt.

Ausland.

Große Durchstechereien in den Schlächtereien und Kanferfabriken der belgischen Heeresverwaltung hatte Gen. Anseele in der Kammer aufgedeckt. Eine Untersuchung ergab allerhand Mißbräuche und Offiziere mit hohlen Händen. Nach amtlicher Erklärung wurden nach erfolgter Untersuchung allein in Antwerpen monatlich 17.000 Fr., über 160.000 Mfr. auf das Jahr, gespart. Was aber geschah den Schuldigen? Das Kriegsgericht verurteilte sie zu 3 Monaten Gefängnis — ohne Degradation! Die Zeitschrift „Das militärische Belgien“ bemerkt dazu: „Es ist also Tatsache, daß ein Offizier, verurteilt wegen Vergehen von höchster Schwere, durch die er Geld eingestekt hat auf Kosten des Staates, reichlich seinen Titel und sein Ehrenkreuz. Nach seinem Tode erhält sein Leichnam alle militärischen Ehren... Mühselig wird es in der Arme mehr Ehren als Ehre geben.“ Woju die Erregung? Was haben diese Offiziere anderes getan, als Leopold tut, als es überhaupt die bürgerliche Gesellschaft zur Norm macht: Ausnützung öffentlicher Stellen und sozialer Funktionen zum persönlichen Vorteil? Wenn da zufällig einmal ein paar hängen bleiben, wäre es wirklich unbillig, sie als Sündenböcke entgelten zu lassen, was mehr oder minder doch alle tun. Konnten sie dafür, daß gerade sie das Recht hatten, von unserm Genossen Anseele ertappt zu werden? Sie werden auch ferner ihrer Gesellschaft Ehre machen.

Hausdurchsuchung bei Tolstoi. Der Petersburger Korrespondent des Pariser „Journal“ übermittelt telegraphisch folgende Einzelheiten über die Hausdurchsuchung beim Grafen Leo Tolstoi und die Verhaftung seines Privatsekretärs. Der Anlaß zu dem Eingriff der Regierung war offenbar die Nachricht, daß Tolstoi zum Friedenskongress nach Stockholm gehen wolle, um dort einen Vortrag über den Frieden zu halten, von dem er sich eine große Wirkung versprach. Graf Tolstoi ist, wie der Korrespondent erfährt, nach längerer Zeit geschwächter Gesundheit derzeit wieder bei so befriedigendem Befinden, daß er sich diese Reise zumuten könnte.

Samstag wurde nun das Landhaus Tolstois in Tschnaja Poljana von einer großen Zahl von Genannten umstellt; eine Anzahl von Agenten drang in des Grafen ein und verhaftete zunächst den Privatsekretär des Grafen, Herrn Guhjew. Als Ursache des Haftbefehls wurde ihm mitgeteilt, daß er im ganzen Lande Bücher des Grafen Tolstoi verbreitet habe, die von der russischen Zensur verboten worden waren. Gleichzeitig wurde aber eine eingehende Hausdurchsuchung in sämtlichen Räumen der Tolstojischen Wohnung vorgenommen. Welche Absicht dabei die Behörde hatte und besonders, ob man auch Material gegen den Grafen suchte, wird nicht gesagt.

Durch die Festnahme des Hausgenossen ist die Familie Tolstois und der Dichter selbst aufs tiefste getroffen: Guhjew ist nämlich nicht bloß der Privatsekretär des greisen Dichters, sondern vielmehr sein Vertrauter und Freund, der in seinen Intentionen wirkt. Es heißt jetzt, daß Guhjew in Verwahrung gehalten und dann zur Zwangsansiedlung in Perm oder in Sibirien verurteilt und deshalb verschickt werden soll.

Badische Politik.

Das Zentrum bringt alles fertig.

Die Zentrumspresse gibt sich jetzt verzweifelte Mühe, nachzuweisen, wie schwer in Deutschland die Bestehenden schon mit Steuern belastet sind. Das Material zu dieser „Volksaufklärung“ liefert die fastjam bekannte Münchener-Gladbacher Brotschneidfabrik, die zu diesem Zweck ein besonderes Flugblatt lieferte, das jetzt überall zur Verbreitung kommt. Dabei zeigt es sich, wie die

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

197

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Ich habe Ihnen keinen Vorwurf machen wollen, Melitta, sagte Oldenburg.

Und doch trifft er mich. Ja, Oldenburg, es muß heraus; es drückt mir sonst das Herz ab. Ich fühle mich Ihnen gegenüber tief beschämt. Die Last der Dankbarkeit, die Sie auf mich laden, drückt mich zu Boden.

Eine Last, Melitta? Eine Last! Ich habe Sie bei Gott durch das Wenige, was ich im Leben für Sie tun konnte, nicht belastigen wollen.

Sie wollen mir nicht glauben! Ich kann die Worte nicht messen und wägen, wie Sie! Wenn in Ihrem Herzen nichts für mich spricht, wenn Sie nicht mit dem Herzen hören wollen, dann —

Ihränen ersticken ihre Stimme.

Was ist das, sagte Oldenburg, sich mit beiden Händen an den Kopf greifend. Träume ich denn? Ist dies mein Kopf? dies meine Hand? Bin ich Oldenburg? Sind Sie Melitta? Sie, die Sie weinen, weil ich, Adalbert Oldenburg, Sie nicht verstehe? oder nicht verstehen will?

Sie sollen mich verstehen, sagte Melitta, ihre Tränen trocknend, mit einer bei ihr ganz ungewöhnlichen Festigkeit. Sie haben mich im Leben so oft schwach und hilflos gesehen, daß Sie mir die Kraft zu einer Entschliebung gar nicht mehr zutrauen. Und doch habe ich diese Kraft; und wenn ich sie habe, verdanke ich sie Ihnen, Adalbert. Sie haben in der Krankheit meines Kindes zu mir gesprochen und ich habe mein Herz gegen Ihre Stimme nicht verschlossen. Ich habe sie deutlich gehört in den langen banger Stunden der Nächte, die ich an dem Lager meines Kindes wachend und weinend verbrachte. Da habe ich mein Kind

mit stillen heißen Tränen um Verzeihung gebeten, wenn ich jemals vergessen konnte, daß ich Mutter war; da habe ich mich gelobt, daß ich es nun und nimmer wieder vergessen wollte, da habe ich —

Sie stockte, brennende Scham übergoß ihre Wangen mit Purpurglut; aber sie raffte sich gewaltjam empor —

Da habe ich eine Leidenschaft abgeschworen, die mich vor mir selbst, vor meinem Kinde — und Adalbert, vor Ihnen erniedrigt.

Halte ein, Melitta! Halte ein! rief Oldenburg aufspringend. Du bist außer dir! Du bist nicht allein mit dir! Du bist in der Gegenwart eines Dritten, eines Mannes, der dich liebt, Melitta! Er will nicht hören, was du nur dir selbst vertrauen darfst!

Laß mich austreten, Adalbert! Ich vertraue deiner Güte, wie ich deiner Kraft vertraue. Ich habe dir noch nicht alles gesagt, was ich mir zugeschworen an meines Kindes Krankenlager. Ich habe da oft an dein Kind gedacht und daß du durch ein entsetzliches Schicksal um meines Kindes Liebe betrogen bist, wie um das Herz des Weibes, das du liebst. Und da habe ich mir gelobt, daß, wenn ich dich auch nicht beglücken kann, wie du es verdienst; wenn auch zu viel, zu viel gesehen ist, was dich und mich auf immer trennt — ich doch dir dein Los mit dem Leben helfen, so weit ich kann; ich dich wieder mit dem Leben versöhnen und selber für dich leben will, so weit ich es vermag!

Melitta hatte sich während der letzten Worte von dem Sopha erhoben. Sie stand da mit hochgeröteten Wangen und leuchtenden Augen.

Oldenburg hatte ihr zugehört mit atemloser Spannung, in einer Erregung, die mit jedem ihrer Worte mächtiger wurde. Seine Augen blitzten, seine Brust wogte, er preßte die Hände gegen sein Herz, das ihm schier zerspringen wollte vor seliger Lust.

Als Melittas letztes Wort verklungen war, trat er auf sie zu, kniete vor ihr nieder und sagte mit einer Stimme, tief und stark, wie der Klang eines ehernen Schildes:

Und nun höre meinen Schwur, Melitta! So wahr ich dich geliebt habe, seit ich denken kann, so wahr mir in der Nacht meines Lebens nur ein Stern gestrahlt hat; so wahr ich in der Wüste des Lebens nur deshalb ziel- und zweck- und ruhelos umhergeirrt bin, weil ich verzweifelte, daß dieser Stern mir jemals freundlich leuchten könne — so wahr will ich von diesem Augenblicke an mit aller Kraft, die mir gegeben ist, nach dem Höchsten ringen; adun alle kleinliche Schwäche und Verzagttheit, und die Zeit wieder einbringen, die in Katlosigkeit vergeudet habe. Und, so wahr mein Herz jetzt von einer Seligkeit erfüllt ist, die keine Worte aussprechen können, so wahr will ich nicht ruhen und rasten, bis du mich liebst, wie ich dich liebe, bis du die meine bist — hörst du, Melitta, mein Weib!

Er war aufgesprungen.

Und nun, Melitta — rief er — und seine Worte waren wie Jubelgesang, lebe wohl! Es duldet mich nicht mehr unter diesem Dach; die ganze weite Welt ist zu eng für mich geworden. Leb wohl! Leb wohl! Bis wir uns wiedersehen!

Er schloß Melitta stürmisch in seine Arme und küßte sie auf die Stirn. Dann eilte er zum Zimmer hinaus.

Melitta war wie versteinert mitten in dem Gemache stehen geblieben. Sie hatte weder die Kraft gehabt, Oldenburg zurückzuhalten, noch sein Lebenswohl zu erwägen.

Sie legte die Hände gegen ihre pochenden Schläfen. Was habe ich getan? Was habe ich gesagt? fragte sie sich. Und die Stimme in ihrem Herzen antwortete: Nichts, dessen du dich vor dir selbst, vor deinem Kinde zu schämen brauchtest!

Sie eilte in das anstoßende Gemach. Sie lehnte sich über den schlafenden Knaben.

Da hörte sie das Rollen eines Wagens, der schnell von der Tür des Hotels abfuhr.

Er ist es, murmelte sie aufhorchend, und dann, ihr Gesicht in die Kissen drückend, weinte sie bitterlich.

(Fortsetzung folgt.)

schwarzen „Volksaufklärer“ auf die Gedankenlosigkeit ihrer Wähler spekulieren. Dieselbe München-Glabbacher Gesellschaft, die jetzt die indirekten Schnapsblocksteuern zu verbieten sucht, hat erst im vorigen Jahre ein Flugblatt über die Steuerpolitik des Zentrums verbreitet, in welchem alle diese Steuern aufs schärfste bekämpft werden und worin gerade das Zentrum als der entschiedenste Gegner dieser das Volk schwer belastenden Steuern charakterisiert wird. Wir haben bereits Auszüge aus diesem Flugblatt zum Abdruck gebracht.

In München-Glabbach erscheint in demselben Verlag auch eine Monatschrift „Soziale Kultur“, redigiert von Professor H. J. und Dr. H. J., Direktor des katholischen Volksvereins. Im Oktoberheft des Jahres 1905 findet sich in dieser Zeitschrift ein Artikel über „Steuerwesen und Steuerpolitik“, der den in Zentrumskreisen nicht ganz unbekanntem Abgeordneten Mathias Erzberger zum Verfasser hat. In diesem Artikel werden zunächst die Kosten der Heeres-, Flotten- und Weltpolitik berechnet, die nach Erzberger im Jahre 1904 rund eine Milliarde ausmachten. Dann heißt es:

„Dabei entfallen rund 700 Millionen jährlich auf unentbehrliche Nahrungs-, Genuss- und Gebrauchsmittel der besitzlosen breiten Massen, durch welche das ganze Verhältnis zu ihrem Einkommen belastet werden, während der wohlhabendere Teil der Bevölkerung im Verhältnis zu seinem Besitz und Einkommen nur sehr wenig zu den Bedürfnissen des Reiches beiträgt! ...“

Da direkte Steuern vom Reiche nicht erhoben werden, so kann man mit Recht sagen: alle diese Militär-, Marine-, Genüssen- und Weltpolitikkosten des Reiches werden nicht von den Besitzenden, von den Millionären, Kommerzienräten, Großgrundbesitzern und Großindustriellen aufgebracht, sondern von der breiten Masse des arbeitenden, im harten Kampfe um seine Existenz ringenden Volkes.“

So ließ M.-Glabbach durch den Mund des Abgeordneten Erzberger im Jahre 1905 verkünden. Vier Jahre darauf müssen sich zur höheren Ehre des Zentrums dessen M.-Glabbacher Handlanger im Schwelge ihres Angehts um den Nachweis bemühen, daß das Gegenteil zutrifft, daß nämlich die indirekten Steuern durchaus nicht vorwiegend aus der Tasche der besitzlosen Masse stammen!

Die Zentrumspresse rechnet jetzt ihren Lesern vor, daß von allen gezahlten Steuern nur zwei Fünftel auf das Reich und drei Fünftel auf die Bundesstaaten und Gemeinden kommen und die hier gezahlten direkten Steuern fallen vorwiegend den Besitzenden zur Last. Hören wir auch hier wieder, was die „Soziale Kultur“, herausgegeben von den beiden Volksvereinsmännern H. J. und J. J., sagt:

Erzberger berechnet auf den Kopf der Bevölkerung an Reichsteuern 18,56 M., an Landessteuern 11,22 M., darunter 3,10 M. indirekte Steuern, jedoch an direkten Steuern bleiben 8,12 M., wozu Erzberger bemerkt:

„Die indirekten Steuern in Reich und Bundesstaaten betragen pro Kopf 21,60 M., während die direkten Steuern nur 8,12 M. ausmachen, d. h. die indirekten Steuern betragen etwa 250 Prozent der Staatssteuern.“

So M.-Glabbach im Jahre 1905. Erzberger berechnet nun auch noch die direkten Steuern für Gemeinde, Provinz, Schule und Kirche und kommt zu folgendem Gesamtresultat:

„Direkte Steuern: 17,52 M., indirekte Steuern 24,66 M. pro Kopf. Die Gesamtbelastung durch indirekte Steuern ist höher als die durch die direkten Steuern!“

Heute „beweist“ M.-Glabbach und die ganze Zentrumspresse das Gegenteil. Die gewandten Herren können schreiben rechts, sie können schreiben links — je nachdem wie das allmächtige Zentrum kommandiert. Und dabei antreibt sich die Waldmichelzunft täglich über die „Kautsky-Gortler-Moral“.

Religion und Geschäft.

In Erwiderung auf unsere Antwort in Sachen „Geschäftsbericht der A.-G. Badenia“ hat der „Bad. Beob.“ den „imponierenden“ Mut, einen Artikel zu schreiben, der „Volksfreund“ kneift und zu schreiben, wir hätten für unsere Behauptungen nicht „den Schatten eines Beweises“ gebracht. Der „Beobachter“ stützt sich dabei, wie er es immer macht, wenn er eine für ihn verlorene Sache verteidigen will, auf jesuitische Wortklauberei. Er meint nämlich fraglos, es sei in den drei Beichtbeispielen nirgends vom „Beobachter“ die Rede. Das stimmt. Aber in einem Falle verlangt der Pfarrer ausdrücklich das Abonnement einer „christlichen“ Zeitung und verweigerte, als keine bezugsfähige Versprechung gemacht wurde, die Absolution. Unter einer „christlichen“ Zeitung in dieser Beziehung ist selbstredend auch der „Bad. Beob.“ zu verstehen, umsonst, als der betr. Geistliche auch sonst eifrig für dieses Blatt agitiert. Im zweiten Fall wurde die Absolution einfach ohne irgend welche Kautelen verweigert, weil der Beichtende den „Volksfreund“ liest. Wir glauben nicht, daß ihm das selbe passiert wäre, wenn er den „Beobachter“ abonniert hätte. Im dritten Falle wurde allerdings die Absolution erteilt, weil der Beichtende noch neben dem „Volksfreund“ die „Kastatter Zeitung“, ein katholisch-konservatives Blatt, hält. Wenn er den „Beob.“ gehalten hätte, wäre ihm selbstredend die Absolution ebenfalls gegeben worden. Verweigerung der Absolution und Aussicht auf die ewigen Höllenstrafen und Erlösung derselben und Aussicht auf die ewige Glückseligkeit ist bekanntlich nach der Lehre der kathol. Kirche eins und das selbe.

Wir werden mit dem Rindskopf, der den letzten „Beobachter“-Artikel schrieb, nicht rechten und überlassen es ruhig unsern Lesern und allen sonstigen anständigen Leuten zu urteilen, ob wir den Beweis für unsere Behauptungen erbracht haben oder nicht.

Am Schluß des „Beobachter“-Artikels heißt es dann: „Lebtigen dürfen wir den „Volksfreund“ auch daran erinnern, daß er gerade im Jahre 1908 erzählte, auch der geistliche Redakteur des „Bad. Beobachter“ habe in Untergrombach Beicht gehört. Warum hat er denn von dem nunmehr Hauptschuldigen, dem Redakteur des „Bad. Beob.“, der die Geistlichen anspornen soll, die „Volksfreund“-Beifer nicht zu absolvieren, keine Beichtgeschichten erzählt? Ja, im Gegenteil: er schrieb sogar damals von dem Redakteur, den er

heute der Anspornung zur Nichtabsolvierung beschuldigt, die bei dem geistlichen Redakteur beichtenden Genossen seien zufrieden gewesen. Wir referieren hier bloß, was der „Volksfreund“ damals schrieb.“

Wir haben eben deshalb von dem geistlichen Redakteur des „Bad. Beobachter“ damals keine Beichtgeschichten erzählt, weil wir keine wissen und weil die Genossen in Untergrombach, die bei ihm damals beichtet haben, keinen Grund zu irgend welcher Beschwerde hatten. Wäre das der Fall gewesen, wir hätten ihn nicht geschont; das darf er uns ohne weiteres glauben. Eben deshalb ist es umso unverständlicher, daß er die Geistlichen, die damals im Beichtstuhl gegen die Anhänger einer bestimmten politischen Richtung vorgingen, ausdrücklich in Schutz nehmen konnte.

Im übrigen müssen wir aber auch einmal sagen: Es ist recht dumm und vom Standpunkt der Kirche aus auch recht unvernünftig, daß man unsere Genossen, die der Kirche angehören, immer vor den Kopf stößt. Immer heißt es in allen Tonarten: die Sozialdemokraten haben keine Religion und wollen nichts von der Kirche wissen. Diejenigen, welche aber der Kirche angehören und ihren freiwillig übernommenen kirchlichen Verpflichtungen nachkommen, werden von fanatischen Zentrumsgeistlichen in der täppischsten Weise aus der Kirche förmlich hinausgeekelt und wenn sie sie dann glücklicherweise hinausgeekelt haben, dann ist auch wieder nicht recht.

Sehr empfindlich

ist der „Bad. Beobachter“, sobald man auf seine fortgesetzten persönlichen Mißbeurteilungen eine entsprechende Antwort gibt. Er meint, das, was wir gegen Herrn Belzer geschrieben haben, sei unbeschreiblich gehässig. Ja, was ist denn das, was sich der „Bad. Beobachter“ seit Monaten gegen den Genossen Kolb leistet. Ist das etwa christlich? Der „Bad. Beobachter“ bringt es fertig, in derselben Notiz, in welcher er unsere Angriffe gegen Belzer als unbeschreiblich gehässig bezeichnet, gegen Kolb einen mindestens ebenso gehässigen persönlichen Angriff zu richten und es ist das nicht der erste dieses Kalibers. Wie oft hat der „Beobachter“ schon die läppischen Bemerkungen der „Leibz. Volkszta.“ gegen Kolb ausgespielt; hundertmal ist nicht zuviel gesagt. Und sucht er nicht immer und immer wieder Kolb mit einem Artikel des Genossen Maffei aus dem „Ortenauer Boten“ Kolb verächtlich zu machen, obwohl er wissen muß, daß Kolb aus begründlichen Gründen sich dagegen nicht verteidigen kann? Ist das etwa nobel? Und will Belzer bestreiten, daß er mit diesem „Material“ gegen Kolb ebenfalls Stimmung zu machen versucht? Der „Bad. Beobachter“ möge erst einmal selbst seine persönliche Kampfweise einstellen, ehe er andern Vorwürfe machen will. Wir haben gar kein Interesse daran, gegen Herrn Belzer persönlich vorzugehen, sofern man von der andern Seite es unternimmt, fort und fort persönliche Angriffe zu erheben. Ist das eine Art, wie in dem Malcher Bericht unser Genosse Deubel charakterisiert wurde? Dagegen müßte Herr Belzer selbst vorgehen, sofern ihm daran gelegen ist, daß der Kampf sachlich geführt wird. Der „Badische Beobachter“ wird doch nicht etwa glauben, daß wir unsere Genossen als Idioten hinstellen lassen, die weil die Zentrumsredner stets als Ausbund aller Tüchtigkeit charakterisiert. Mag sein, daß Herr Belzer den Malcher Bericht nicht geschrieben hat, gelesen hat er ihn, oder hätte doch Gelegenheit dazu, bevor er in Druck ging. Genau dieselbe Manier zeigte sich bei dem „Bad. Beobachter“ über die Belzerverfammlungen in Rorschach und in Glesheim. Wir bestreiten gar nicht, daß Herr Belzer etwas gelernt hat; allein das gibt weder ihm noch dem „Bad. Beobachter“ das Recht, andere so herunterzureißen, wie es in den Berichten über die Belzerverfammlungen jedesmal geschieht. Jedenfalls weiß Kolb die Mühen, die es einem Arbeiter kostet, sich geistig aufwärts zu arbeiten, besser zu würdigen und zu schätzen, als der akademisch gebildete Chefredakteur des „Bad. Beobachter“. Dieser anerkennt diese Mühe nur, wenn es sich um einen Arbeiter handelt, der dem Zentrum zugehört, für andere hat er immer nur Hohn und Spott. Kolb hat Belzer nie ohne Not und Anlaß angegriffen; das muß Belzer selbst wissen. Aber er kann und darf nicht schweigen, wenn Belzer selbst gegen seine politischen Gegner so gehässig und persönlich wie, wie es seit langem und so oft geschehen ist. Liegt man auf der Redaktion die Malcher Artikel im „Randsmann“ nicht und auch nicht die im „Beobachter“ selbst erscheinenden Artikel aus der Feder Belzers? Wir lesen sie und kennen sie.

Also bitte, wenns anders werden soll, sei Ibst damit beginnen. Wir haben gar kein Interesse, Herrn Belzer persönlich anzugreifen, inwiefern die Sache, die er verteidigt, genug der Angriffsfläche bietet. Aber wir haben ebensoviele Ursache, uns persönlich fort und fort herunterzureißen zu lassen, in diesem Falle ist unsere Parole: Auf jeden Schelm anderthalb.

Landtagswahl-Agitation.

-r. Aus dem 7. Wahlkreis.

In den letzten drei Wochen fanden im 7. Wahlkreis circa 20 Volksverfammlungen statt, die mit einer Ausnahme sehr stark besucht wurden. Aus verschiedenen Orten wurde die Wahlkreisleitung förmlich bestürmt, Verfammlungen abzuhalten, in welchen die Finanzreform besprochen werden soll. Wie sehr dem Zentrum diese intensive Agitation auf die Nerven geschlagen hat, geht aus dem Geschimpfe der Zentrumspresse hervor. In verschiedenen Verfammlungen traten Gegner auf. In Zunsweier, wo die dortigen Geistlichen Stier und Hansmann uns entgegentraten, mußten zwei Verfammlungen abgehalten werden. In der ersten Verfammlungen wurde unser Redner niedergeschrien. In der zweiten gelang es allerdings nicht mehr. Genosse Gailer hielt mit den Verfechtern der Schnapsblocksteuern so gründlich Abrechnung, daß sie diese Verfammlungen nicht so bald vergessen werden. Von den etwa 150 Zuhörern sollten den Geistlichen höchstens 15 Weisfall und dies, obwohl der Pfarrer seinen Pfarrkindern das „rote Gespenst“ in den düstersten Farben an die Wand malte. Daß die Verfammlungen für uns erfolgreich war, wird sich bei der demnächst stattfindenden Gründung eines Wahlvereins zeigen.

In Schutterwald stand uns erstmals der größte Saal zur Verfügung. Die Verfammlungen, in welcher Genosse Adolf Ged sprach, war von etwa 150 Personen besucht, während die zur gleichen Zeit tagende Zentrumsverfammlungen, in welcher die Herren Belzer und Morgenthaler referierten, nur von etwa 120 Personen besucht war. In diesem Orte konnte die Gründung eines Wahlvereins vollzogen werden. Weitere solcher

Gründungen stehen in verschiedenen Orten bevor. Es geht vorwärts; nicht am wenigsten hat dazu die Empörung über die Zentrumspolitik beigetragen. Auch der Fortschritt in der Gewinnung von Abonnenten auf die Parteipresse ist ein sehr erfreulicher, trotz der Mangelagitation der Parteimagazine des Zentrums. Insbesondere sind es die Tabakarbeiter, die empört über den schändlichen Zentrumsverrat, eine vorbildliche Energie in der Agitation entwickeln. Mögen die Parteigenossen allerorts die kurze Spanne Zeit bis zur Landtagswahl tüchtig ausnützen, nie war die Gelegenheit dazu günstiger als jetzt.

Mathias Schiffer,

Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes, sprach am Montag, 23. August, in Wehr, einem großen Fabrikorte im Amtsbezirk Schopfheim, über: „Zehn Jahre christliche Gewerkschaftsarbeit und der Kölner Kongress“; der in Zell i. B. ansässige christliche Gewerkschaftssekretär Kiefer über: „Der Streik in Rheinfelden und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse.“ Weiter hieß es auf der Einladung: Zur Frage der Finanzreform wird ebenfalls Stellung genommen.

Als nach halb 9 Uhr die Verfammlungen eröffnet wurde, war der geräumige Saal des „Wehrhofs“ kaum zur Hälfte besetzt; die Galerien waren mäßig besetzt, die erwartete große Demonstrationsverfammlungen der christlichen Arbeiter für das Zentrum hat nicht den Erwartungen der Einberufer entsprochen. Rechnet man das ab, was nicht zum Zentrum gehört und was keine Arbeiter waren, dann waren im besten Falle 150-180 Personen, darunter ziemlich viel jugendliche, vorhanden. Ein großer Teil der Wehrer Arbeiterschaft hielt sich somit fern.

Wer geglaubt hatte, hier etwas besonderes, insbesondere über die Finanzreform, zu hören (Herr Schiffer war einer von den 6 zentrümlichen Arbeiterabgeordneten, die für die Finanzreform stimmten), war sehr enttäuscht. Herr Schiffer sprach die erste Stunde matt und schleppend, erst als er auf die Finanzreform übergang und von verschiedenen Seiten Zwischenrufe erfolgten, wurde er lebendiger. Herr Schiffer hatte es auf eine „große Abrechnung“ mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften abgesehen. Wenn er behauptete, die christlichen Gewerkschaften seien politisch neutral, so weiß jeder, der in der Arbeiterbewegung steht, daß dies nicht wahr ist. Die Worte und Taten stehen hier in schreiendem Widerspruch zu einander. Auf Einzelheiten über die Finanzreform wollte Herr Schiffer — wohl der Vorsicht halber — nicht eingehen. Zur Ablehnung der Erbschaftsteuer bemerkte er, als Abgeordneter könne man nicht alle in Rücksicht auf die Arbeiter nehmen, man müsse auch die Partei in Rücksicht ziehen. So, so! Warum mußte Herr Schiffer das nur bei der Erbschaftsteuer? Wenn aber dem so ist, so beweist das nur, daß eben ein Arbeitervertreter beim Zentrum die Arbeiterinteressen hinter die der Besitze den stellen muß. Herr Schiffer gab übrigens zu, daß diese Steuer doch noch kommen wird. Zur Vierssteuer meinte er, die Arbeiter seien es nicht, die das meiste Bier trinken. Auch eine „Rechtfertigung“! Interessant waren die Mitteilungen, wie Schiffer und Giesberts mit der Regierung über die Entschädigung der Tabakarbeiter verhandeln. Tagelang hätten sie sich bemüht, 10 Millionen Entschädigung zu erlangen, die Regierung aber sei für nicht mehr als 4 Millionen zu haben gewesen und „da stimmten die Sozialdemokraten noch dagegen! Herr Schiffer scheint den sozialdem. Entschädigungsantrag nicht zu kennen. Die Art, wie Herr Schiffer unsere Partei bekämpfte, war nichts weniger als ehrlich und anständig. Man konnte sich des Einbruchs nicht erwehren, daß der Referent nur deshalb so gegen die Sozialdemokratie loszog, um die Aufmerksamkeit der christlichen Arbeiter von der Politik des schwarzen Volksverrats abulenken.

Nach 1½ Stunden war Herr Schiffer mit seiner Rede zu Ende. Dann kam Herr Kiefer aus Zell. Es hieß diesem Herrn zuviel der Ehre erwiesen, sich mit ihm ausführlicher zu beschäftigen. Auch er machte seinem Groll gegen die böse Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften Luft. Soviel Ehrlichkeit kann man von solchen Zentrumszöglingen nicht erwarten, daß er anführt, daß die freien Gewerkschaftler bei dem Streik der Christlichen in Rheinfelden freiwillig Streikposten stellten und Gelder sammelten. Die Summe war nicht gering. Herr Kiefer soll sich nicht wundern, wenn ihm künftig ordentlich heimgeleuchtet wird.

In der Diskussion sprach zunächst ein Fabrikmeister Hülgger. Obwohl nicht zu unserer Partei gehörig, stellte er fest, daß die beiden Referenten in einer Art und Weise gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sprachen, die man nicht als vornehm bezeichnen könne. Herr Hülgger sagte manches Zutreffende, was Herrn Schiffer offensichtlich unangenehm war. Dann kam unser Landtagsstandidat Genosse Zumtobel-Gausen zum Wort. In ¼stündiger Rede ging er mit den Ausführungen der beiden Referenten ins Gericht. Die Hiebe, die er gegen den „Arbeitervertreter“ Schiffer führte, waren wohlgezielt und trafen gut. Was Schiffer erwiderte, war ein Schwall nichtsagender Redensarten. U. a. behauptete er, auch die Erbschaftsteuer könne abgewälzt werden, z. B. wenn ein Fabrikant seinen Arbeitern Lohnabzüge macht. Solchen Unsinn zu widerlegen, lohnt sich nicht. Genosse Müller-Schopfheim kam nicht mehr zum Wort, da ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wurde.

Wenn Herr Mathias Schiffer nirgends größere Erfolge erzielt, als in dieser Verfammlungen, dann hätte er sich das Reisegeld von Düsseldorf nach dem badischen Oberland sparen können.

Kommunalpolitik.

Eine Niederlage des Zentrums. Das Zentrum führt Freudentänze auf, daß es in Bilingen frühere Mandate zum Bürgerausschuß wieder erobert hat. Ganz abgesehen davon, daß es sich dabei auch nur um eine knappe Majorität gehandelt hat, hat Ueberlingen neurestens das Zentrum gelehrt, daß es allen Anlaß hat, sehr bescheiden zu werden. Ueberlingen galt bisher mit vollem Juge als eine Hochburg des Zentrums. Dort hat das Zentrum am Montag bei den Bürgerausschußwahlen der zweiten und der dritten Klasse eine erhebliche Schlappe erlitten. Die Zentrumsliste unterlag und nur drei von den auf ihr stehenden Personen wurden aus irgendwelchen Nebengründen noch mit Ach und Krach gewählt. Auch in der zweiten Klasse brachte das Zentrum nur einen Mann durch. Das sind aber keine neu gewonnenen, sondern mit Mühe und Not noch eben verteidigten Mandate, so daß die übrigen, auf den Zentrumslisten gemachten, von den Wählern abgelehnten Vorschläge glattweg als Mandatsverluste des Zentrums zu betrachten sind. Die Zentrumsliste verfleiert diese Niederlage.

... Sie lehrte sich ... der schnell von ... dann, ihr Ge ... erlich.

Krise und Armenwesen. Die wirtschaftliche Krise belastet den Armenetat der Gemeinden derart schwer, daß Nachbewilligungen zu den Voranschlägen für das Etatsjahr 1908 jetzt überall an der Tagesordnung sind. Besonders macht sich die Arbeitslosigkeit selbstverständlich in Gemeinden mit proletarischer Bevölkerung geltend. So wurde am 9. Juli ds. Js. der Gemeinderat von Adlershof bei Berlin mitgeteilt, daß das Jahr 1908 im ganzen 8180 M. mehr an Armenunterstützung erfordert habe, als das Jahr 1907. Für den Armenetat der etwa 10 000 Einwohner zählenden Gemeinde mußten 2980,22 M. nachbewilligt werden.

Aus der Partei.

Im Besinden des Genossen Hue hält die Besserung an. Er ist jetzt fast ständig bei Bewußtsein, erholt sich aber nur sehr langsam.

Sächsischer Landesparteitag. Der Montagssitzung wohnte als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Mollenhuth bei. Die Versammlung nahm zunächst ein ausführliches Referat des Genossen Fleißner über die bevorstehende Landtagswahl entgegen. Der Redner schilderte eingehend die sächsische Politik, insbesondere die Wahlrechtsbewegung und das Verhalten der bürgerlichen Parteien und verlangte, daß die Sozialdemokratie zum Protest gegen das neue Wahlrecht sich mit aller Energie an den bevorstehenden Wahlen beteiligen solle. Eine bestimmte Stichwahl-Parole zu geben, lehnte der Referent ab. Er beantragte im Einverständnis mit dem Komitee, daß unmittelbar nach den Hauptwahlen die Vorsitzenden der in Betracht kommenden sozialdem. Wahlkreisevereine zusammen mit den sächsischen Abgeordneten, den Vertretern der Presse und den Agitationskomitees, eine Konferenz abgehalten werden solle, um die Stichwahl-Parole für die Stichwahl-Parole festzustellen.

In der Debatte herrschte im allgemeinen Übereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten.

Das Ergebnis der Debatte war die Annahme des Antrages der fünf Komitees, wonach über die Stichwahltaktik von diesen — in Verbindung mit dem genannten Personenteile — ein bindender Beschluß gefaßt werden soll.

Die sächsische Landesversammlung nahm im weiteren Verlaufe den bereits früher gestellten Antrag, wonach parlamentarische Doppellandtagsparolen zu vermeiden sind, in einer etwas klareren Fassung an. Hierauf wurden für sämtliche Landtagswahlkreise die Kandidaten proklamiert; nur in 8 Kreisen steht die Proklamation noch aus.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Genossen Geyer über die Reichsfinanzreform. Redner erörterte in großartiger Weise die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Reform und kam dabei auch auf die Angriffe gegen die Fraktion wegen ihrer Haltung zur Erbschaftsteuer zu sprechen. Er bemerkte, daß die Fraktion über ihre Stellungnahme zur dritten Lesung überhaupt noch nicht beraten hatte, es habe also keinen Zweck, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, was eventuell geschehen wäre.

Redner ersuchte am Schluß, die politische Situation bei den bevorstehenden Landtagswahlen nach Kräften auszunutzen. In der Diskussion wurde von einer Seite eine Boykottierung des Schnapsgenusses empfohlen.

Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde Leipzig bestimmt. Der Sitz des Zentralkomitees bleibt in Dresden. Gegen 2 Uhr nachmittags schloß Genosse Lipinski mit einigen anfeuernden Worten die Landesversammlung.

Langenbrücken, 25. Aug. Am Sonntag, 29. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet im großen Saal der „Sonne“ eine öffentliche Volksversammlung statt mit dem Thema: „Welche Parteien tragen die Schuld an den neuen Steuern?“ Referent Parteisekretär Gen. Trinius-Karlruhe. Es ist Sache der Genossen, für einen guten Besuch der Versammlung zu sorgen. Jedermann ist freundlich eingeladen. Freie Diskussion wird zugesichert.

Parteilosen! Mitleid die Säumigen auf, zeigt, daß auch die Bevölkerung von Langenbrücken mit dem Volkserrat des Zentrums nicht einverstanden ist. Es gilt, jenen Volksbetrüger die Heuchlermaske abzuziehen. Auch bitten wir die organisierte Arbeiterschaft der Lederverwerke Zenther, in der Versammlung zu erscheinen.

Brombach, 24. Aug. Die Mitglieder des Wahlvereins Brombach werden hiermit in Kenntnis gesetzt, daß am Samstag, den 28. ds. Mts., unsere Mitgliederversammlung stattfindet. Da sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, u. a. Wahl eines Vorsitzenden und Bericht von der Kreisversammlung, ist es Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Infolge des Boykotts über das Lasserbier findet die Versammlung wieder im „Alder“ statt.

Gausen i. B., 25. Aug. Am Sonntag, 29. ds. Mts., abends 7 Uhr, findet die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Vereins in der „Krone“ statt. Ein Genosse aus Bad. Rheinfelden (früher hier) wird einen Vortrag über „Den Streik in den Aluminiumwerken in Rheinfelden und der Erfolg der christlichen Organisation“ halten. Die Genossen werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Auch die Gewerkschafts-Kollegen und -Kolleginnen sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.

Gewerkschaftliches.

Zum Maurerstreik in Pforzheim.

Kein Pfennig Lohnerhöhung vor dem Jahre 1912, keine Minute Arbeitszeitverkürzung, überhaupt nichts gibts für die Maurer in ganz Deutschland, insbesondere aber in Pforzheim. So ist seit 19 Wochen das Geldgeschrei der Pforzheimer Arbeitgeber des Baugewerbes, und welche moralische Ohrfeige haben nun dieselben Herren dadurch erhalten, daß man den Maurern in Hamburg nach langem schweren Kampfe auf den Mitgliedern desselben Arbeitgeberbundes, dem auch die Pforzheimer Herren angehören, eine Stundenlohnerhöhung von 5 Pf. zugestimmt hat.

Die Pforzheimer Arbeitgeber können es nunmehr nicht ableugnen, daß sie die Geprellten sind und daß sie es nur dem Vorstehenden des Badischen Bau- und Maurermeisterverbandes, dem Herrn Sappeler von Freiburg, zu verdanken haben, daß sie durch diesen Kampf einen ungeheuren Schaden haben. Wie mancher von den Pforzheimer Herren hat gelegentlich einmal verlauten lassen, daß er durch diesen Streik einen sehr großen Schaden hätte, er würde gern zu einer Verständigung bereit sein, aber er dürfe nicht, weil er Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist.

Wenn man sich jetzt die Situation denkt, in welcher die Pforzheimer Arbeitgeber sich befinden, so mag man die Ueberzeugung gewinnen, daß es absolut nicht so leicht ist, die organisierten Arbeiter abzuwürgen, auch dann nicht, wenn die ganze Polizeimacht, wie dies in Pforzheim leider der Fall war, auf Seiten der Arbeitgeber steht.

Die Lohnbewegung in Hamburg, durch allgemeine rücksichtslose Aussperrung hervorgerufen, bei welcher es auch den dortigen Scharfmachern des Baugewerbes auf einen oder den anderen Vertragsbruch nicht ankam, sollte für das ganze deutsche Baugewerbe in dem diesjährigen Kampfe ein zweites Berlin geben. Wenn man in Hamburg die Arbeiter niederreißt, dann haben die Arbeitgeber überall gegliedert, so war die Hoffnung der Herren in Deutschland. Diese Rechnung war aber ohne die Macht der Arbeiterorganisationen gemacht; alle Streikbrechertransporte konnten nicht helfen, die Arbeitgeber Hamburgs mußten kapitulieren und der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe, Sitz Berlin, mußte zu dieser Kapitulation seine Zustimmung geben.

Und die Arbeitgeber in Pforzheim? Werden Sie nun bald einsehen lernen, daß es eine große Dummheit war, sich auf einen solchen folgenschweren Kampf einzulassen? Wir zweifeln daran, und zwar deshalb, weil bei dem Vorstande des badischen Bau- und Maurermeisterverbandes nicht die Vernunft, sondern die Machtfrage die größte Rolle spielt. Die Pforzheimer Arbeitgeber sind gelehrt worden, das können sie nicht mehr abstreiten. Hamburg sollte das Vorbild von der Stärke des Arbeiterbundes bilden, in Hamburg sollte unter allen Umständen von den Arbeitgebern gestagt werden. Saarbrücken, wo man die Maurer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt und Pforzheim, wo seit 19 Wochen ein erbitterter Kampf geführt wird, sollten weitere Triumphe für die Arbeitgeber werden. Einerlei, wie lange der Kampf in Pforzheim noch dauert, die Maurer werden auf dem Posten sein. Ueber 500 Tage Gefängnis hat man in Pforzheim schon über streikende Maurer ausgesprochen, weitere Strafen stehen noch in Aussicht. Wegen Kleinigkeiten, die man in anderer Zeit überhaupt nicht beachtet, werden die kämpfenden Maurer ins Gefängnis gesetzt, um sie klein zu kriegen. Es wird nichts nützen, die Maurer wissen, weshalb sie kämpfen und werden nach wie vor alles aufbieten, um auch für ihre Familien in Anbetracht der ungeheuren gesteigerten Lebensmittelpreise eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse herbeizuführen.

Die Streikleitung der org. Maurer Pforzheim.

Streik am Bau der neuen Rheinbrücke in Düsseldorf. Von 18 am Bau der neuen Rheinbrücke beschäftigten Zimmerern sind 16 in den Ausstand getreten. Die Zimmerarbeiten werden von der Firma Grün u. Wilfinger in Mannheim ausgeführt. Die Firma weigert sich, nach dem Düsseldorfser Tarif zu bezahlen. Da sie auch an anderen Orten arbeiten ausführt, glaubt sie, „spielend leicht Ersatzkräfte“ für Düsseldorf zu erhalten.

Prüfung ist daher fernzuhalten.

Bürger Lebins abermals beleidigt. Wegen Beleidigung des Führers der „gelben“ Gewerkschaften, Lebins, ist dieser Tage der Redakteur der „Hilfe“, Dr. Heuß, zu 25 M. Strafe verurteilt worden. Heuß hatte von den „gerichtlich festgestellten Qualitäten“ des Herrn Lebins gesprochen. Der von seinem Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Engel, in umfassender Mähe angebotene Wahrheitsbeweis wurde leider vom Schöffengericht abgelehnt und Heuß wegen formaler Beleidigung verurteilt. Der Prozeß, der das Treiben der „gelben“ Gewerkschaften und ihres leitenden Mannes gebührend feststellen wird, wird eine zweite Auflage erleben, da Dr. Heuß sofort Berufung eingelegt hat.

Soziale Rundschau.

Starke Verbreitung der Lungenschwindsucht in Pforzheim. Schon seit vielen Jahren ist in den Geschäftsberichten der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Pforzheim, die sämtliche Berufsarten des Hütten- und Bergbauwesens als Mitglieder zählt, die Tatsache konstatiert worden, daß die Hälfte aller Verstorbenen der Schwindsucht zum Opfer gefallen ist. Die Stadtgemeinde hat sich bis jetzt zu einem energischen Kampfe gegen diese Volkskrankheit nicht aufraffen können. Ueber schwächliche, ängstliche Verurtheile, die mehr zur Beschwichtigung der erregten öffentlichen Meinung dienen sollten, ist man nicht hinausgekommen. Erdreicht von den mächtigen, überwuchernden Interessen der Kapitalisten und Hausagrarier hat im verborgenen ein Pfälzischer Vergiftungsmittel — offiziell Tuberkuloseauswurf genannt — kümmerlich vegetiert. Das Verlangen der sozialdemokratischen Stadtverordneten nach einer Waldheilungsstätte ist immer mit einem wußtlosen Kängeltrost abgetan worden. Der schlechte Zustand der meisten Straßen, die riesige Staubentwicklung in der Stadt werden von der ganzen Einwohnerschaft lebhaft beklagt. Und trotzdem wird nicht an die gründliche Beseitigung der schlimmen Uebelstände gegangen, weil es Geld kostet und weil mächtige Interessentengruppen erfolgreich das Scheitern sozialer Reformarbeit betreiben.

In der jüngsten Zeit hat die Ortskrankenkasse eine Feststellung gemacht, die für die verantwortlichen Kreise in Pforzheim direkt beschämend ist. Die Zahl der Lungentranken ist in diesem Jahr weit größer als in den Vorjahren. Unter der Wirtschaftskrise hat in den drei Jahren am empfindlichsten die Arbeiterklasse gelitten. Die Unterernährung ist für viele Arbeiterfamilien eine dauernde Erscheinung geworden; wo sich das dünne Gespenst des Mangels Tag für Tag an den Tisch der Proletarierfamilien setzt, da muß die Schwindsucht reiche Ernte halten. Nach einer am 4. Juni aufgenommenen Statistik belief sich die Zahl der als erwerbsunfähig gemeldeten Mitglieder der Ortskrankenkasse auf 1079. Unter diesen 1079 Kranken sind nicht weniger als 300 Lungenleidende und 79 Nierenschwache und Blutarmer. Bis Ende Mai 1909 sind 103 Mitglieder gestorben; nicht weniger als 52 Mitglieder starben an der Lungenschwindsucht.

In einem längeren, eingehend begründeten Schriftsatz hat die Ortskrankenkasse den Stadtrat (Juni 1909) auf die Verheerungen der Lungentuberkulose in Arbeiterkreisen aufmerksam gemacht. Als Abwehrmaßregeln werden empfohlen die sofortige Erbauung einer Waldheilungsstätte, Mitteilung der festgestellten Tatsachen an den Tuberkuloseauswurf und Alarmierung der Öffentlichkeit durch Bekanntgabe der traurigen Tatsachen in der Tagespresse.

Wann wird der traurige Ruf von Pforzheim, an der

Spitze der badischen Städte in Bezug auf Verbreitung der Lungentuberkulose zu stehen, verblaffen?

Einkommensstatistik aus Rußisch-Polen. Nach der offiziellen Statistik, die dem Entwurf eines Gesetzes über die Einkommenssteuer in Rußisch-Polen beigefügt ist, gibt es in Rußisch-Polen bei einer Gesamtbevölkerung von 11 Millionen kaum 61 000 Personen und Körperschaften, die mehr als 1000 Rubel Einkommen haben. In Preußen kommen dagegen auf 11 Millionen Einwohner 360 000 Personen mit gleichem Einkommen. Diese 61 000 Personen teilt die Statistik in vier Klassen ein:

1. Einkommen aus der Landwirtschaft, 2. Einkommen aus Immobilien, 3. Einkommen aus Gewerbe und Handel und 4. Einkommen aus Kapital und aus freien Berufen. Unter acht Millionen Personen, die in Rußisch-Polen in der Landwirtschaft tätig sind, gibt es nur 9898 Personen, die mehr als 1000 Rubel jährliches Einkommen haben. Die 2. Einkommensklasse zählt 18 646 Personen, wovon etwas mehr als die Hälfte ein höheres Einkommen als 1000 Rubel besitzen. Nur 198 Personen verfügen über ein höheres Einkommen als 20 000 Rubel. Geringfügiger stellen sich die Einkommensverhältnisse in der 3. Klasse. Es muß jedoch dabei berücksichtigt werden, daß hier außer Personen auch Körperschaften als Besitzen mitgezählt wurden. Im ganzen sind in dieser Klasse 8510 Personen mit mehr als 1000 Rubel Einkommen, und darunter 348 mit mehr als 20 000 Rubel, wovon wieder 125 Personen über 60 000 Rubel Einkommen besitzen. Was die vierte Einkommensklasse anbelangt, so fehlen in der Statistik nähere Angaben. Diese Klasse umfaßt über 20 000 Personen mit einem Gesamteinkommen von fast 130 Millionen Rubel gegenüber 255 Millionen Rubel Einkommen in den ersten drei Klassen zusammen.

Die obigen Zahlen beweisen, daß in Rußisch-Polen, diesem in kapitalistischer Beziehung am weitesten fortgeschrittenen Gebiete Polens, auf elf Millionen Einwohner kaum eine Handvoll von 61 000 Personen mit gesicherter Existenz kommen, die große Masse der Bevölkerung lebt dagegen in jämmerlicher Armut.

Badische Chronik.

Baden-Baden.

— Die große Badener Woche. Bei herrlichem Wetter und außerordentlich gutem Besuch verlief der dritte Renntag, dem auch das Großherzogspaar antwohnte. Die heutigen Rennen hatten folgendes Ergebnis:

1. Jugend-Handicap. 6200 M. Für Zweijährige. 1000 Meter. Fürst Hohenlohe-Dehringens F.-G. „Carafate“, Herrn P. Raffersers F.-St. „Eise II“; Herrn W. Belbogens F.-St. „Kaisraba“; Hgl. Opt.-Gest. Gradihs br. St. „Rosa“ Totalfaktor: 17:10. Platz: 13, 21:10.

2. Sandweier-Rennen. 6000 M. 1400 Meter. 1. Hgl. Opt.-Gest. Gradihs Bähr. F.-St. „Mausfalle“; 2. G. Permersbergs Bähr. d.-br. S. „Conto Ioro“; 3. F. Schn. S. Mfr. v. Oppenheims 4jähr. br. W. „Götterbote“; 4. Herrn A. und G. v. Weinbergs 4jähr. schw.-br. S. „Droll“. Totalfaktor: 16:10. Platz: 12, 17:10.

3. Zukunftsrennen. 86 000 M. Für Zweijährige. 1200 Meter. 1. Hgl. Opt.-Gest. Gradihs schw.-br. St. „Antwort“ v. Arb. Patria-Albóle (Bullock); 2. Monf. M. Cailhous de St. Mesange v. Perth-Somerbe (Curry); 3. Gest. Weils Rothsch. St. Trène de S. v. Le Samaritan-Jane Eyre (Cham). Totalfaktor: 18:10. Platz: —

4. Preis vom Rhein. 6000 M. 1800 Meter. 1. Herrn N. Daniels Bähr. br. S. „Abjunt“; 2. Monf. W. F. F. Bähr. br. S. „Vae Victis II“; 3. Hgl. Opt.-Gest. Gradihs Bähr. F.-G. „Winterstein“ Totalfaktor: Sieg 18:10 Platz 14, 17:10.

5. Dos-Handicap. 10 000 M. 1800 Meter. 1. Hgl. Opt.-Gest. Gradihs d.-br. S. „Feuerlärm“; 2. Monf. Gales F.-St. „Tatling“; 3. Gest. Unnas F.-St. „Cape Common“. Totalfaktor: Sieg 24:10. Platz für „Feuerlärm“ 56:10 für Gradihs F.-G. „Winterstein“ 31:10 und für „Cape Common“ 25:10.

Waldshut.

— Radunfall. Am Montag Abend wollte der in der Brauerei Waldshut beschäftigte Martin Kaiser von Nemeschwil, der zu einer militärischen Übung einberufen war, sich noch nach hier begeben. Kaiser fand einen Freunde hinten auf das Velo und auf der Eschbacherstraße kamen beide bei dem starken Gefälle zu Fall. Kaiser erlitt einen Schädelbruch und hatte Verletzungen an der rechten Schulter und verschied kurz darauf im Spital in Waldshut, wohin er sich noch mit Hilfe seines Freundes geschafft hatte.

— Das hiesige Steuerkommissariat, das in dem von der Firma Geyner u. Cie. angekauften Kirchhofgraben stark untergebracht war, kommt auf 1. Oktober in die Haberersche Filiale an der Bergstraße.

— Vermißt. Die 65jährige Frau Waldina Döbele von Nemeschwil wird seit dem 14. August vermißt. Da Spuren von Geistesstörung an ihr bemerkbar waren, glaubt man, daß sie sich ein Leid angetan hat.

Wolfsach, 25. Aug. Wegen Unterschlagung wird sich in nächster Zeit der frühere Buchhalter des hiesigen fürstlichen Fürstentumskontrollanten, Franz Wöhrmer, vor dem Landgericht Offenburg zu verantworten haben. Wöhrmer, der sich in den letzten Jahren sehr dem Würfelspiel hingegen und hier auch sonst auffallend luxuriös gelebt hat, ist beschuldigt, in den Jahren 1907 und 1908 mehr als 70 000 M. zum Nachteil der fürstlichen Fürstentumskontrollanten unterschlagen und für sich verbraucht zu haben. Nachdem er seit April d. Js. gegen Kaution aus der Haft entlassen war, wurde Wöhrmer nun vor einigen Tagen wieder in Haft genommen, da bei der auch besonders neuerdings zutage gefördernden erdrückenden Beweislast ein Entfliehen ins Ausland trotz der Kaution von 30 000 Mark nicht ausgeschlossen erscheint. Wöhrmer behauptet noch heute, keinen Pfennig unterschlagen zu haben.

Seibelsberg, 25. Aug. Die Einbrüche mehren sich in erschreckender Weise. Nachdem erst in der Nacht vom Sonntag zum Montag in nächster Nähe der Polizeiwache am Rathaus eingebrochen wurde, sind in der Nacht von gestern auf heute nicht weniger als vier neue Einbrüche mit beispielloser Reue geführt worden. Da es sich hauptsächlich um Ladeneinbrüche handelt, herrscht in den Kreisen der Geschäftswelt begeißelnde weise große Aufregung.

Seibelsberg, 25. Aug. Der Seismograph des physikalischen Instituts auf dem Königsstuhl registrierte in der

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.
 Aus allen Gebieten.
 Theater, Kunst und Wissenschaft.
 Die Organisation unter den Pacific Künstler.
 Aus den Grenzgebieten.
 „Weggenborfer Blätter“.
 Genuß. Wutler (der eine Sub überfahren hat): „Wie groß ist der Schaden?“ — Bauer: „Wiederkauft Markt und neuzugl.“

Nacht vom 24. auf 25. August ein mittelstarkes Fernbeben, dessen Vorläufer um 1,26 Uhr begannen. Das Hauptbeben setzte 1,27 Uhr ein.

Großfeuer im Stadtteil Brödingen.

Großfeuer-Marm hört man in Forzheim verhältnismäßig wenig. Da unsere vortrefflich organisierte Wehelinie die Brände in der Regel im Entstehen unterdrückt, umso mehr erschrecken die Einwohner, als heute Nacht die Großfeuerlocke ertönte und der Ruf erscholl: „Die Ziegelei Gebrüder Wetter im Stadtteil Brödingen steht in Flammen.“ Um Mitternacht brach im Dachstode des Trockenraumes das Feuer aus und griff so rasch um sich, daß die Wehelinie allein das Feuer nicht bewältigen konnte. Aber auch die rasch herbeigerufenen freiwilligen Feuerwehrr vermochte nicht allzuviel auszurichten, da großer Wassermangel herrschte und nicht der nötige Druck der Schlangen vorhanden war. So wurde der größte Teil der Brennenanlage, das Form- und Trockenhaus, das Maschinenhaus und die Kühlanlage ein Raub der Flammen. Nur die öden Umfassungsmauern ragen noch in die Höhe. Die Ziegelei hatte unter dem Mauerstreif stark zu leiden. Schon seit einiger Zeit wurden zahlreiche Arbeiter entlassen und demnächst sollte, wie man hört, der Betrieb ganz eingestellt werden. Nun ist die Nacht des verheerenden Elements zugekommen.

Aus Freiburg.

Freiburg, 26. Aug.

Die christlichen Gewerkschaften.

Wahen im Ganterbräu eine Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Schiffer das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Finanzreform verteidigte. Die Hauptthese seiner Ausführungen war, daß die Gewerkschaften sich nicht mit Politik befassen dürfen. Was die Herren Führer als Reichstagsabgeordnete machen, geht die Gewerkschaften nichts an. Das Mandat der Herren und die Interessen der Zentrumspartei stehen ihnen eben höher wie die Arbeiterinteressen. Die angebliche Neutralität dieser Leute gestattet wirklich, daß man für das Zentrum eintritt und agitiert. Die Sozialdemokratie mit allen Mitteln bekämpft und gibt in den Versammlungen der christlichen Gewerkschaften. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 22. August im Ganterbräu stattfindende gut besuchte Versammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem glänzenden Verlauf des 7. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und erhofft für die Zukunft eine weitere günstige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Die Versammlung erklärt in dem Vorgehen der Sozialdemokraten gegen die christlichen Gewerkschaften und deren Führer eine mit Unwahrheiten und Verdrehungen gespielte Wache, die den Zweck haben soll, die christlichen Gewerkschaften und deren Führer bei der Arbeiterschaft zu verächtigen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß politische Angelegenheiten nur innerhalb der politischen Parteien und nicht in den parteipolitisch neutralen Gewerkschaften zum Austrag gebracht werden dürfen. Die Anwesenden sprechen den christlichen Gewerkschaftsführern uneingeschränktes Vertrauen aus und erklären sich mit denselben vollständig solidarisch. Sie versprechen, in dem in letzter Zeit entbrannten Kampfe treu zu den christlichen Gewerkschaften zu halten und für deren Ausbreitung mit Eifer und Begeisterung Sorge zu tragen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 26. Aug.

Tarifberatungen im Glasergewerbe.

In der gestern nach Geschäftsschluss abends halb 7 Uhr stattgefundenen öffentlichen Glaserversammlung erstattete die Lohnkommission der Gehilfen ausführlichen Bericht über die bisherigen Verhandlungen, welche in zwei Sitzungen mit der Kommission der Glaser-Zinnung stattgefunden haben. Zu einem Tarifabschluss kam es bis jetzt noch nicht; heute Donnerstag findet im Lokal der Handwerkskammer nochmals eine Sitzung statt, wobei der von den Gehilfen vorgelegte Entwurf zum Abschluss gebracht werden soll. Die Glasergehilfen machten von der Diskussion lebhaften Gebrauch und erklärten sich mit den bisherigen Abmachungen im Interesse des Friedens einverstanden. Soffentlich kommt es heute zu einem definitiven Abschluss, damit ein wochenlanger Kampf vermieden wird.

Die Biersteuer

Wir in Baden erst nach einigen Monaten zu hören. Der Finanzminister hat aber einer Deputation von Brauereibesitzern dieser Tage erklärt, die Regierung werde sofort nach dem Zusammentritt des Landtags eine Vorlage einbringen und die erhöhten Sätze der Biersteuer ab 1. Januar 1910 zur Einführung beantragen. Vorläufig bleiben wir also vom Kampfe um die Bierpreisermäßigung verschont.

Ein Vorspiel davon erleben wir aber in Norddeutschland und in der Mainregion. Allervorts rüsten sich die Arbeiter und Parteigenossen, um der Abwälzung der Biersteuer auf die Konsumenten zu entgegen. In Frankfurt a. M. erklärte man in neun sozialdemokratischen Versammlungen, unter allen Umständen auf den Genuß des Bieres zu verzichten, dessen Preis im Ausschank höher als 11 Pfg. für dreizehntel Liter und 13 Pfg. für vierzehntel Liter. In Magdeburg beschloß eine von sozialdemokratischer Seite einberufene, außerordentlich zahlreich besuchte Volksversammlung die Boykottierung sämtlicher veräuerten Bieres und Brantweins. In Halle S. erklärten die Funktionäre der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften einstimmig: Es wird allen Arbeitern und Arbeiterfrauen empfohlen, den Genuß aller im Preise erhöhten Brauereiprodukte zu meiden, bis die Brauereien den jetzt beschlossenen Preisaufschlag aufgehoben haben. In Lübeck beschloß eine überfüllte Volksversammlung, sie könne der Erhöhung des Bierpreises überhaupt nicht zustimmen. Weitere Verhandlungen mit den Brauereien und den Wirten seien überflüssig. Damit ist der Bierkrieg erklärt.

Die neuen 25 Pfg.-Stücke.

Die ersten 25-Pfennigstücke werden Anfang Oktober in den Handel gesetzt werden. Die Prägemaschinen sind schon seit

einiger Zeit fertiggestellt und die ersten Mustereemplare kürzlich den zuständigen Stellen vorgelegt worden. Die neuen 25-Pfennigstücke haben daselbe Gewicht wie die 10-Pfennigstücke, sind aber im Durchmesser vier Millimeter größer als diese. Die eine Seite weist zwei übereinandergestellte Getreideähren in Kranzform auf. In der Mitte steht die Zahl 25, unten das Münzzeichen. Auf der Reversseite befindet sich der Reichsadler in wenig veränderter Form, darüber sind die Worte „Deutsches Reich“ und unter dem Reichsadler die Jahreszahl der Prägung angebracht. Die Bestellung der Mdelpltchen wird in allernächster Zeit erfolgen. Wieviel 25-Pfennigstücke vorerst in den Verkehr kommen, steht noch nicht fest.

Wegen Bettels . . .

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der hiesigen Strafkammer I finden wir u. a.: Brendel, Heinrich, Schneider von Hannover, wegen Bettels. Brendel ist in unserem Blatte bei Schilderung seiner Leiden wiederholt zu Worte gekommen; er ist alt und wohl auch zum Teil arbeitsunfähig und liegt deshalb abwechselnd auf der Landstraße, in dem Krankenhaus irgend einer Stadt oder im Gefängnis. Er ist intelligent und keineswegs das, was man einen arbeitscheuen Menschen nennt. Trotzdem gelingt es ihm fast niemals, sich eine Existenz zu schaffen. Siesige Parteigenossen und auch die Parteileitung haben ihm wiederholt geholfen, aber dauernd ist dies eben auch nicht möglich. Jetzt steht er wieder wegen Bettels vor Gericht. Er ist oft vorbestraft, wird jedenfalls auch heute verurteilt werden und — weiter betteln, bis er wieder erwischt wird.

Das Los manchen Arbeiters gestaltet sich entsetzlich hart, wenn er alt und arbeitsunfähig wird. Aber dafür hat man in der Welt des Kapitalismus oft wenig oder gar kein Verdndnis.

Zum Kampf im Metzgergewerbe.

Die Metzgerei Da u l in der Schnenstraße teilt uns mit, daß das Gericht, sie beziehe Fleisch von dem Metzgermeister Baumann in der Morgenstraße — einem hochlohnierten Geschäft — den Latschen nicht entspricht. Ein uns vorgelegtes Buch der Firma Hensel beweist denn auch die Haltlosigkeit dieses Gerichts.

Herr Mag Kiefer

ersucht uns, folgendes noch bekannt zu geben: Auf das Schreiben des Genossen Seb. Hils wchte ich mitteilen, daß Herr Hils schon im ersten Schreiben vom 19. ds. Mts. gegen mich falsch berichtet. Ich war nicht in der Klmmerstraße in der Nähe des Metzgermeisters Müller, wie Herr Hils behauptete. Ich halte meine Erklärung, die ich am 23. ds. Mts. gemacht habe, vollkommen aufrecht. Ich ging am 18. ds. Mts. die Rheinstraße entlang, wogu ich mein Komplize, wie sich Herr Hils uherzte, dazu gesellte. Wir gingen zusammen weiter. Auf dem Rückwege in der Rheinstraße in der Nähe des Metzgermeisters Schmitt kam ein Herr auf uns zu, den wir nicht kannten, mit den Worten: „Was schafft ihr zwei da?“ Auf diese schmeichelehafte Frage muß ich gestehen, daß Herr Hils von meinem Komplizen eine sanfte Antwort bekam. Ich aber bemerkte: „So unverschämt ist mir noch niemand begegnet.“

Wäge die Genossenschaft der Metzgergesellen und der Arbeiterschaft meinen Worten Glauben schenken, denn es entspricht nicht meinem Charakter, was Herr Hils über mich berichtete. Hiermit bin ich durch die Zeitung mit Herrn Hils fertig. Was die andere Angelegenheit anbelangt: Auferung über den „Volksfreund“, so erkläre ich, daß ich den Ausdruck nicht gebraucht habe. Ich erinnere mich nicht, daß jemand vor zwei Jahren wegen der „Volksfreund“-Agitation bei mir war.

Mag Kiefer, Wbeltransporteur.

* Stadtgarten-Theater. Heute Donnerstag findet als Benefiz-Vorstellung für das geschtze Mitglied Jrl. Auguste Richter die beliebte Jellertsche Operette „Der Jagelhndler“ statt. Wir wünschen der beliebten Benefiziantin an ihrem Ehrenabend ein volles Haus.

* Angeschossen. Der beim Postamt I angestellte Postschaffner Ries wurde laut „Bad. Landesztg.“ am letzten Freitag das Opfer eines unglücklichen Schgen. Als Ries nämlich am genannten Tage in seinem hinter dem Gelände der Firma Haub u. Neu gelegenen Ader mit Bearbeiten von Bohnenpflanzungen beschäftigt war, erhielt er pltlich einen Schuß in den Hals, der ihn so schwer verletzte, daß er sofort in das städtische Krankenhaus verbracht werden mußte, wo er hoffnungslos darniederliegt. Wie die eingeleitete Untersuchung ergeben hat, kam der Schuß aus dem Flobert eines Studenten, der von einem in der Nähe des Aders gelegenen Hause aus auf Sphen geschossen hatte.

* Einen Auto-Krankswagen stellt die Stadt Karlsruhe in den Dienst. Er hat bereits seine Probefahrt bestanden; die Feuerwache hat ihn zu bedienen.

Neues vom Tage.

Ertrunken.

Essen, 25. Aug. In der Emscher badeten gestern zwei junge Arbeiter und gingen unter. Ein Zimmermann, der sie retten wollte, ertrank ebenfalls.

Waren (Mecklenburg), 25. Aug. Nachdem erst vor etwa zehn Tagen drei Personen den Tod in den Wellen der Mriß gefunden haben, die auf einer Selbstfahrt berunglckten, sind in der letzten Nacht wiederum drei Menschen in der Mriß ertrunken. Dieselben wollten nach einer Festlichkeit in einem Nachbarort nachts zwischen 3 und 4 Uhr über die Mriß in einem Boote übersetzen. Hierbei kippte das Boot um. Drei Insassen ertranken, während der vierte, ein Oberfeldner, sich durch Schwimmen retten konnte. Die Leichen der Ertrunkenen sind noch nicht geborgen.

Zum Schiffsunglck der „Columbia“.

Bremen, 25. Aug. Die Befürchtung, daß auch deutsche Passagiere vor Montevideo ums Leben gekommen sind, scheint sich nicht zu bestätigen. Gestern Abend erhielt der Norddeutsche Lloyd eine Depesche aus Montevideo, welche besagt, daß der Dampfer „Schlesien“ der mit der „Columbia“ zusammenstieß, led wurde, aber noch den Peat erreichen konnte. Nachrichten,

wonach von der „Schlesien“ Personen ertrunken seien, liegen nicht vor.

Eine andere Nachricht besagt dagegen: Die Zahl der bei dem Untergang der „Columbia“ Umgekommenen wird jetzt auf 80 geschtzt. Die Geretteten waren fast unversehrt. Die Ueberlebenden berichten herzerregende Szenen. Der Kapitän der „Schlesien“ schreibt die Katastrophe dem furchtbaren Winde und der hohen See zu.

Eine 13 jährige Selbstmrderin.

Mriß, 25. Aug. In einem Nachbarorte beging die 13jhrige Tochter Eva des Prager Universitätsprofessors Raubnisk Selbstmord. Die Eltern des Mädchens führen die Tat auf einen hysterischen Anfall zurück.

Die Katastrophe in der Genfer Gasfabrik.

Sämtliche Tote, die der Explosion in der Genfer Gasfabrik zum Opfer fielen, dreizehn an der Zahl, sind nummehr geborgen. Die zuletzt aufgefundenen Leiche war die des 50jhrigen Ingenieurs Achilles Parvillie, eines der Gründer des großen Pariser Hauses Gebrüder Parvillie, der sich zu Studienzwecken in der Gasfabrik aufhielt.

Die ganze Stadt steht unter dem erschütternden Eindruck der Katastrophe. Wie das Unglück sich ereignete, wird wohl schwer zu erforschen sein, denn in dem großen Raume, von dem aus sich das Feuer dem großen Gasometer mitteilte, hat der Tod alle Anwesenden vernichtet. Tatsache ist, daß sich der Derr des Unglckes dort befand. Sämtliche anliegende Gebäude liegen in Schutt.

Unglück auf einem Neubau.

Warschau, 25. Aug. Aus Lodz wird gemeldet: Heute früh stürzten in der Franziskanergasse in einem neu erbauten Hause die Holzbinden im dritten Stock zusammen. Fünf Arbeiter fielen bis ins Parterre herunter. Alle haben schwere Rippen- und Schdelbruche davongetragen und wurden in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht.

Erdbeben in Italien.

Rom, 25. Aug. Das Erdbeben in der heutigen Nacht wurde in den Provinzen Florenz, Arezzo, Lucca, Pisa und Livorno verspürt. Sein Epizentrum ist Siena.

Luftschiffahrt.

Eine Probefahrt des Z. III

wurde gestern, Mittwoch, unternommen. Zur Ausprobierung der technischen Neuerungen, besonders der neuen Kraftübertragung von den Motoren zu den Propellern aus Mittelfahrlndern, unternahm „Z. 3“ nachmittags 8 Uhr 20 Minuten bei prächtigem Sonnenschein unter Führung des Grafen Zeppelin den ersten Aufstieg. Die Ausbringung des Luftschiffes ging ohne Vorspann leicht und rasch vonstatten. Das Luftschiff ist um 5 1/2 Uhr nach zweieinhalbstndiger gut verlaufener Fahrt bei der schwindenden Halle glatt gelandet. Die Neuerungen bei dem „Z. 3“, insbesondere der veränderte Antrieb der Propeller, haben sich ausgezeichnet bewährt.

Wie verlautet, wird die Route, vorausgesetzt natürlich, daß widrige Winderhltnisse keine Änderung nötig machen, folgende sein: Friedrichshafen, Ravensburg, Wiberach, Ulm, Knzburg, Weißenburg, Rrnberg, Sonneberg, Jena, Halle, Bitterfeld, Berlin. Graf Zeppelin übertrug dem Oberingenieur Drr das Kommando für die Berliner Fahrt bis Bitterfeld. Von dort ab leitet Graf Zeppelin das Luftschiff selbst. Der Graf hat gegenüber anderweitigen Nachrichten geäußert, daß er nicht daran denke, bei dem Bau des neuen Luftschiffes „Z. 4“ von dem bewährten Aluminium abzugehen.

Bitterfeld, 25. Aug. Die Ankunft des Grafen Zeppelin in Bitterfeld erfolgt am Samstag früh. Er hat heute Vormittag im Hotel Kaiserhof in Bitterfeld ein Tagezimmer für Samstag bestellt.

Telegramme.

Die Spanier in Marokko.

Madrid, 25. Aug. In der vergangenen Nacht ist in Melilla eine furchtbare Explosion vernommen worden. Soweit bekannt wurde, handelt es sich um die Entzündung einer Kiste Dynamit, welche die Spanier mit Absicht in die Nähe von Hausruinen gelegt hatten, aus denen die spanischen Truppen seit langem beschossen und beunruhigt hatten. Der Anschlag war gelungen. Die Kisten wollten die Kiste ffnen und brachten sie daher zur Entzündung. Man fand an der Stelle am anderen Tage diese Leichen und zahlreiche Blutspuren.

Ein türkisch-montenegrinischer Grenz-zwischenfall.

Konstantinopel, 26. August. Ueber einen neuen Grenzzwischenfall an der montenegrinischen Grenze liegen auf der Pforte folgende telegraphische Meldungen vor: Am Freitag Vormittag haben umweit der Station Ambarina montenegrinische Banden auf türkische Soldaten geschossen. Die Türken erwiderten das Feuer. Auf türkischer Seite gab es einen Toten und 2 Verwundete. Die Verluste der Montenegriner sind unbekannt.

Briefkasten der Redaktion.

A. St. Wir haben schon oft den Versuch gemacht, für O. einen stndigen Korrespondenten zu bekommen. Es ist uns nicht gelungen.

Nach Distingen. Signet sich nicht zur Aufnahme, da jede nähere Angabe über den Inhalt des Artikels des hiesigen Zentrumsblattes fehlt. Senden Sie uns doch die betr. Nummer in solchen Fällen ein.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute 8 Uhr ab Schloßplatz: Allgemeiner Turntag: Schönhausen, Neurent, Mhlburg, Karlsruhe-Mhlburg. (Gesangsverein Bruderbund.) Morgen Freitag Abend halb 9 Uhr Zusammenkunft im „Prinz Heinrich“ bei Mitglied Baumer. Vollständiges Erscheinen nötig. 4346 Der Vorstand. Rangenbrden. Sonntag, den 29. August, nachmittags 4 Uhr, im Saale der „Sonne“, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Welche Parteien tragen die Schuld an den neuen Steuern. Referent: Parteisekretär Trinius“

Einige Bemerkungen zu den Artikeln... (Vertical text in the left margin)

Einige Bemerkungen zu den Artikeln... (Vertical text in the right margin)

